

Kürzungen treffen freie Träger

EINSPARUNGEN Stadt will 130 000 Euro kompensieren

GIESSEN (tt). Freie Träger in Gießen müssen sich in den kommenden Jahren auf zum Teil erhebliche Kürzungen im Bereich der Jugendhilfe einstellen. Das ist das Ergebnis der jüngsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses im Wilhelm-Liebknicht-Haus.

Am stärksten von den Kürzungen betroffen ist die Jugendwerkstatt: Die von der evangelischen Kirche betriebene Einrichtung soll ab dem nächsten Jahr für das Mädchenprojekt 28 750 Euro weniger erhalten. Für die Arbeit der Jugendwerkstatt an der Albert-Schweitzer-Schule ist eine Streichung in Höhe von rund 52 000 Euro vorgesehen.

Für Wolfgang Balsler, geschäftsführender Vorstand der Jugendwerkstatt, folgt aus den Kürzungen eine Einschränkung des Leistungsspektrums. Mit Blick auf das Mädchenprojekt, „das es in der Gießener Förderlandschaft nicht noch einmal gibt“, bedeutet dies einen Wegfall von rund 20 Prozent des Gesamtvolumens. Das Projekt umfasst in Kooperation mit der Albert-Schweitzer-Schule eine Berufsorientierung im Rahmen des Arbeitslehreunterrichts – mit guten Ergebnissen. Immerhin: Es hätte schlimmer kommen können. Im ersten Anlauf habe das Jugendamt angekündigt, das Mädchenprojekt auf null zu bringen. Derlei Pläne seien aber unter anderem am Widerstand der Gießener Frauenbeauftragten Friederike Stibane gescheitert.

Hoffnungsschimmer

Ebenfalls gefährdet scheint ein weiteres Projekt der Jugendwerkstatt an der Albert-Schweitzer-Schule. Dabei geht es um einen Sozialarbeiter, „den wir eingestellt haben und der vom Jugendamt bezahlt wird“, wie Balsler ausführte. Hoffnung gibt dem Jugendwerkstatt-Vorstand allerdings die Ankündigung des Schulverwaltungsamtes, das eine Prüfung der Stadt in Aussicht gestellt hat, die Kürzungen zu kompensieren. In der Sache zeigt Balsler Ver-

ständnis für das Vorgehen der Stadt. Die Vorgabe des Regierungspräsidenten, bei den freien Trägern zu kürzen, lasse ihr gar keine andere Wahl. Auch die Evangelische Familienbildungsstätte soll sich ab 2016 mit 30 000 Euro weniger begnügen. Was das bedeutet, erläutert die Leiterin Christiane Hegemann: „Damit entfallen prozentual 70 Prozent der Zuschüsse.“ Kürzungen in dieser Höhe würden die Familienbildungsstätte „sehr hart“ treffen. In jedem Fall wären Arbeitsbereiche davon betroffen. „Welche das sein werden, ist noch nicht geklärt“, so Hegemann.

Mehr Personal

Den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses lag eine Vorlage des Fachausschusses Jugendhilfeplanung vor, die einen finanziellen Mehrbedarf in Höhe von 130 000 Euro ab 2015 ausweist und entsprechende Kompensationen in den Jahren 2015 und 2016 vorsieht. Größter Posten bei den Mehraufwendungen ist mit 55 000 Euro die Aufstockung von Personalkapazitäten bei den Beratungsstellen mit sogenannten „insoweit erfahrenen Fachkräften (iseF)“, die mit der Einführung des neuen Kinderschutzgesetzes im Jahr 2012 bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung zu konsultieren sind. Weitere Steigerungen sind zu erwarten.

Eine Anpassung an den Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst (TVöD), die etwa 120 000 Euro kosten würde, soll im Bereich Förderung freier Träger hingegen ausbleiben. An Kompensationsvorschlägen für 2015 sieht die Vorlage Kürzungen im Bereich der Jugendberufshilfe vor. Neben den Kürzungen bei der Jugendwerkstatt und der Evangelischen Familienbildungsstätte sollen weiterhin dem Förderverein der Aliceschule 20 000 Euro gestrichen werden. Zusätzliche Kürzungen in Höhe von 30 000 Euro würden darüber hinaus das Suchtzentrum betreffen, da hier nicht allein Jugendhilfeleistungen erbracht würden. **Seite 15**

Jugendhilfe am Scheideweg

KÜRZUNGEN Stadt stemmt sich gegen Abbau

GIESSEN (olz). Mit Blick auf die von der Stadt geplanten Kürzungen bei den freien Trägern im Bereich der Jugendhilfe, von denen die Jugendwerkstatt in besonderem Maße betroffen ist, erklärte Anja Frindt für die Verwaltung, dass man die gesamte Gießener Trägerland-

schaft durchgesehen habe. Dabei sei überprüft worden, was originäre Aufgaben der Jugendhilfe sind, sagte sie bei der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am Donnerstag im Wilhelm-Liebknicht-Haus. Insgesamt verfolge man das Ziel, die Jugendhilfestruktur in der Stadt nicht zu gefährden. Ausschussvorsitzender Klaus-Dieter Grothe erinnerte daran, dass die Stadt bis 2020 unter dem Schutzschirm stehe, und dass das, was bislang freiwillige Leistung war, gedeckelt ist.

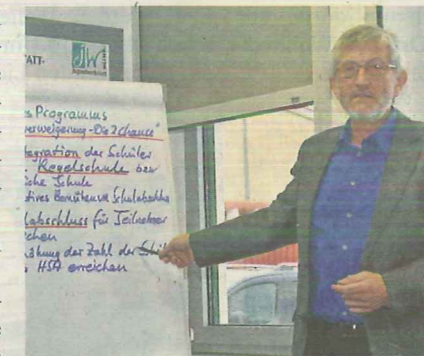
„Wir sind an einem Punkt angekommen, an dem es zu verdeutlichen gilt, dass es zu einem Rückgang der Jugendhilfe kommen wird“, betonte Caritasdirektor Joachim Tschakert angesichts der laut Antrag nicht vorgesehenen Tarifanpassung. In der Sache herrschte dem Vernehmen nach im Ausschuss weitgehend Einigkeit, dass dies bei für die jeweiligen Arbeitgeber tatsächlich anfal-

lenden Kosten zu einem Rückgang der Leistungen führen wird. „Der Politik muss klar werden, dass wir an einem Punkt sind, an dem die Solidarität der freien Träger zum Jugendamt und untereinander vielleicht nicht mehr zu halten ist“, prognostizierte Tschakert. Michael Janitzki (Linkes Bündnis) kritisierte hingegen, „dass die politisch Verantwortlichen bei der Einrichtung des Schutzschirmes erklärt haben, dass es zu keinem Sozialabbau kommt. Was ist dann das hier?“

Schuldezernentin Astrid Eibelshäuser wies darauf hin, dass man mit Blick auf die Finanzausstattung von Kommunen wie Gießen auch ohne Schutz-

schirm in eine ähnliche Situation gekommen sei. „Wir arbeiten hart daran, dass es im Rahmen der Möglichkeiten nicht zum Einstieg in den Abbau der Jugendhilfe kommt“, unterstrich Bürgermeisterin Gerda Weigel-Greilich.

Mit zehn Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen stimmte der Ausschuss schließlich dem um eine Präambel ergänzten Antrag zu. Sie fordert die Stadtverordnetenversammlung auf, die Deckelung der so genannten gestaltbaren Pflichtleistungen zu überprüfen.



Wolfgang Balsler, geschäftsführender Vorstand der Jugendwerkstatt, stellt den Jahresbericht vor. Die Einrichtung ist besonders von den Kürzungen bei den freien Trägern im Bereich der Jugendhilfe betroffen.

Foto: Archiv